

Die Wünsche der städtischen Beamten und Lehrer.

In Vertretung der städtischen Beamten und Lehrer sprachen gestern Oberrechnungsrat Viktor de Pontis, Magistratssekretär Gochladt, Gemeinderat Direktor Philp und Gemeinderat Oberlehrer Gussenbauer beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner und den Vizebürgermeistern vor und überreichten eine Eingabe, in der es heißt: Was bisher vom Gemeinderate zur Linderung der wirtschaftlichen Not seiner Festangestellten in dankbarst anerkannter Weise im Rahmen des ordentlichen städtischen Haushaltes gegeben und bewilligt wurde, muß gegenüber den gegenwärtigen Lebensverhältnissen als unzulänglich bezeichnet werden. Ueber die gesamte öffentliche Beamtenschaft einschließlich der Staatsbeamten, ist eine wirtschaftliche Katastrophe hereingebrochen, deren Folgen derzeit überhaupt nicht absehbar sind. Das Aufbrauchen der vorhandenen Ersparnisse, die in einem erschreckenden Umfange zunehmende Verschuldung, insbesondere der unteren und mittleren Rangsklassen, die Unmöglichkeit der Beschaffung von Lebensbedarfsgegenständen, kurzum eine wahre Flut von Not und Elend hat die sozialen Schranken niedergedrückt, die bisher die gebildeten Stände vom Proletariate trennte; die Proletarisierung des Beamtensandes hat, was am meisten zu bedenken geben mag, bei den Frauen und Kindern der Beamten und der Lehrer eingesetzt und was wohl nicht zu verwundern ist, dasselbst ungeheure Fortschritte gemacht.

In der Eingabe wird weiter darauf verwiesen, daß bei der Beratung der Teuerungszulage für die Staatsbeamten im Abgeordnetenhaus der Antrag des Berichterstatters mit der Beifügung „Gleichzeitig gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß die Länder und Gemeinden hinsichtlich der Teuerungszulagen für ihre Angestellten und Lehrer dem Beispiele dieses hohen Hauses folgen werden“ einstimmig angenommen wurde. In dem Schriftstücke wird an die so oft betätigte Fürsorge der Gemeinde-Vertretung appelliert und die Bitte gestellt „Der Gemeinderat wolle beschließen, sämtlichen städtischen Beamten und Angestellten, sowie der Wiener Lehrerschaft die Erhöhung der bisherigen Teuerungszulagen, wie bei den Staatsbeamten, unter Berücksichtigung der vom Staate zur Selbstzahlung übernommenen Steuern mit der gleichen Anfallszeit, d. i. mit 1. Juli 1917 zuzuerkennen.“

Zum Schlusse heißt es in der Eingabe: Die Entwertung des Geldes, die ungeheure Schuldenlast der einzelnen Staaten, die Vernichtung von Verbrauchsgütern, der Mangel an Rohstoffen, die Verluste an Menschen und Arbeitskraft, die Abnutzung der Verkehrsmittel, die Aufwendungen für die Wiedereinrichtung der Friedenswirtschaft und für die Familien der Hinterbliebenen werden noch lange Jahre eine Herabsetzung der heutigen Kriegespreise auf ein erträgliches Maß unmöglich machen. Dagegen muß für die Festangestellten mit dem derzeitigen Systeme der zeitweiligen Teuerungszulagen gebrochen und eine Neuordnung der derzeitigen wohl nicht mehr haltbaren Dienst- und Lohnverhältnisse angestrebt werden. Mit den Vorarbeiten für diese Neuordnung kann jedoch nicht bis zur Wiederkehr ruhigerer Zeiten zugewartet werden, weil die dann auf die öffentliche Verwaltung überwälzten Aufgaben nur durch eine bereits in ihren Lebensverhältnissen gefestigte und gesicherte Beamtenschaft und Lehrerschaft gelöst werden können.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärte, daß er für die wirtschaftliche Lage der städtischen Angestellten volles Verständnis habe und, daß die Her-

ren versichert sein können, daß die Eingabe einewohlwollende Berücksichtigung finden werde. Er betonte, daß sich sowohl der Magistrat als auch die Stadtbuchhaltung bereits mit der Regelung dieser Angelegenheit beschäftigt haben und daß mit tunlichster Raschheit eine günstige Erledigung zu erwarten ist.

Gemeinderat Gussenbauer nahm die Gelegenheit wahr, namens der Lehrerschaft den Bürgermeister um seine Vermittlung bezüglich der Sanktion der Lehrgesetze zu ersuchen.

Gutscheine der Gemeinde auf unentgeltliches Brot. Aus einzelnen Bezirksteilen wird gemeldet, daß manche Brotverschleißstellen die Annahme der Gutscheine auf unentgeltliches Brot ablehnen, da sie eine Verständigung hierüber nicht erhalten haben. Es wird daher neuerlich mitgeteilt, daß die Kriegsfürsorge-Zentrale Wien I. Bezirk Neues Rathaus die Gutscheine einlöst, das heißt: Den darauf entfallenden Geldbetrag für $\frac{1}{2}$ Laib Brot bezahlen wird; die Verschleißstellen werden daher nochmals dringendst aufgefordert, die Scheine an Zahlungsstatt anzunehmen. Jene Brotverschleißstellen, welche ihr Brot von einer Brotfabrik beziehen, haben der Einfachheit halber die Gutscheine nicht unmittelbar an die Zentralstelle, sondern an diese Fabrik einzusenden, welche deren Einsammlung übernimmt und mit der Zentralstelle Rathaus verrechnet. Bäckermeister, welche selbst backen, wollen monatlich die Gutscheine an die Zentralstelle Rathaus einsenden, worauf ihnen die entfallenden Beträge werden angewiesen werden. Es wolle beachtet werden, daß die Gutscheine mit dem Stempel- und aufdruck einer öffentlichen Anspeisestelle versehen sein müssen, da Gutscheine nur an Personen ausgefolgt werden, die in der öffentlichen Anspeisung stehen. Ungestempelte Abschnitte sind zurückzuweisen. Um neuerlich aufgetauchten Mißverständnissen zu begegnen, muß nochmals darauf aufmerksam gemacht werden, daß der mit Gutscheine Bedachte nicht mehr Brot erhält, sondern nur die gesetzliche Menge, von dieser aber einen Teil anstatt für Geld gegen Abgabe des Gutscheines, den die Fürsorgezentrale I. Bezirk Neues Rathaus gegen Geld einlöst.

Neue Armenräte. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Schmid die Wahl des Dr. Rene M. Delannoy und des Johann Swierkot zu Armenräten des 4. Bezirkes, nach einem Antrage des StR. Hermann die Wahl des Karl Adamek, Eduard Guttman, Josef Hartmann, Johann Hilf, Hans Kauschnig, Heinrich Kraft, Rudolf Robl, Mathias Stuchlik und Josef Viehtur zu Armenräten des 9. Bezirkes, nach einem Antrage des StR. Poyer die Wahl des Bernhard Dolleschal, Franz Ettl und Karl Wolf zu Armenräten des 13. Bezirkes und nach einem Antrage des StR. Schmid die Wahl des Hans Jonak zum Armenrat des 19. Bezirkes bestätigt.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Dr. Anton Keipper zum Magistrats-Oberkommissär, Josef Petrak, Cyrill Kolroß und Adolf Münnhalter zu Rechnungsräten extra statum und Michael Nikitowicz zum Kanzlei-Oberoffizial.